



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Günther Felbinger FREIE WÄHLER**
vom 09.10.2013

Biosphärenreservat Rhön

Ich frage die Staatsregierung:

1. Welche Einschränkungen bestehen für die Truppenübungsplätze in der Region bezogen auf die Ausweisung der Kernzone des Biosphärenreservats Rhön auf bayerischem Gebiet (Auflistung der Übungsplätze und entsprechenden Einschränkungen)?
2. Kann die Bundeswehr den Betrieb der Truppenübungsplätze nach Einschätzung der Staatsregierung auch mit diesen Einschränkungen weiterbetreiben?
3. Ist damit zu rechnen, dass die Bundeswehr aufgrund der Einschränkungen die Tätigkeiten auf den Truppenübungsplätzen einschränken oder sogar einstellen und auf andere Standorte verlagern wird, die nicht solchen Einschränkungen unterliegen?
4. Wie viele Arbeitsplätze in der Region wären von dieser Verlagerung auf andere Truppenübungsplätze gefährdet?
5. Sind bei einer Verlagerung der Übungen auf andere Truppenübungsplätze auch die Kasernenstandorte gefährdet?
6. Wer war vonseiten der Bundeswehr bei der Ausweisung der Kernzonen auf bayerischem Gebiet in die Vertragsverhandlungen mit einbezogen?

Antwort

des **Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz**
vom 06.11.2013

Zu 1.:

Im bayerischen Teil des Biosphärenreservats Rhön gibt es nur den Truppenübungsplatz Wildflecken. Durch die Ausweisung von Teilflächen des Truppenübungsplatzes Wildflecken als Kernzonen des Biosphärenreservats Rhön im Rahmen der Vereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern, dem Bundesministerium der Verteidigung und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vom 21.08.2013 ergeben sich keine Einschränkungen für den militärischen Übungsbetrieb.

Zu 2.:

Da sich durch die Kernzonenausweisung keine Einschränkungen ergeben, steht dem militärischen Weiterbetrieb auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken nichts im Wege.

Zu 3.:

Siehe Antworten zu den Fragen Nr. 1 und 2.

Zu 4.:

Siehe Antworten zu den Fragen Nr. 1 und 2.

Zu 5.:

Siehe Antworten zu den Fragen Nr. 1 und 2.

Zu 6.:

Die Verhandlungen über die Kernzonenausweisung wurden vom Bundesministerium der Verteidigung geführt.